

# Kulturpolitik

Otto W. Singer

Das zurückliegende Jahr war auch in kulturpolitischer Hinsicht geprägt von den integrationspolitischen Irritationen, die seit den gescheiterten Verfassungsreferenden in Frankreich und den Niederlanden die europolitischen Debatten bestimmen. Vielfach wurde darauf verwiesen, dass die künftigen Integrationsfortschritte nicht nur von ökonomischen und politisch-institutionellen Faktoren abhängig seien, sondern auch in kultureller Hinsicht bewältigt werden müssten.<sup>1</sup> Die europäische Einigung wird in diesem Sinn auch als ein kulturelles Projekt wahrgenommen. Das Europäische Parlament machte wiederholt deutlich, dass sich europäische Kulturpolitik nicht als Instrument der kulturellen Homogenisierung verstehen dürfe, sondern ein komplexes, aus dem Zusammentreffen von Unterschieden entstehendes, Identitätsmodell entwickeln müsse. Nur so könne Europäische Kulturpolitik als Kohäsionsfaktor, als Identitätsfaktor und als Faktor der demokratischen Beteiligung der europäischen Bürger an einem gemeinsamen Projekt wirken.<sup>2</sup> Dieses Leitmotiv durchzog auch die Debatten über die ab 2007 beginnende neue Programmgeneration und hier insbesondere das künftige Rahmenförderprogramm KULTUR 2007. Der inhaltliche Bogen der im Berichtszeitraum geführten kulturpolitischen Debatten umfasste außerdem die europäische Kulturhauptstadt, das neue Bürgerschaftsprogramm, das Jahr des interkulturellen Dialogs und den Abschluss der UNESCO-Konvention zur kulturellen Vielfalt.<sup>3</sup> Hinzu kamen ökonomische Aspekte: Entsprechend den Vorgaben des Arbeitsplans des Rates für die Zusammenarbeit im Kulturbereich für 2005-2006 ging es hier vor allem um den Beitrag der Kulturwirtschaft zur Erreichung der Ziele der Lissabon-Strategie.

## Künftige Schwerpunkte der Kulturförderung

Das wesentliche Finanzierungs- und Planungsinstrument zur Umsetzung von Art 151 EGV ist das Rahmenprogramm Kultur 2000. Ursprünglich für eine Laufzeit von fünf Jahren (2000–2004) konzipiert und mit einem Gesamtbudget von 167 Mio. Euro ausgestattet, wurde es unverändert für die Jahre 2005 und 2006 verlängert und zusätzlich mit 69,5 Mio. Euro dotiert. Dies sollte – vor dem Hintergrund der EU-Erweiterung – einen Beitrag zur Kontinuität des Programms leisten und sicherstellen, dass ausreichend Zeit für die Ausarbeitung des Nachfolgeprogramms zur Verfügung steht. Im Dezember 2005 veröffentlichte die Europäische Kommission die Ergebnisse der Projektauswahl für 2005/2006. Unter-

- 
- 1 Ein Beispiel hierfür ist die Konferenz „The Sound of Europe“, veranstaltet vom österreichischen EU-Ratsvorsitz Ende Januar 2006 in Salzburg. Die Veranstaltung war der Auftakt für eine Debatte über die künftige Entwicklung Europas im Rahmen der beschlossenen Reflexions- und Diskussionsphase.
  - 2 Vgl. dazu auch die Initiative „Europa eine Seele geben“, die im Herbst 2006 einen weiteren Kongress in Berlin durchführen wird. (<http://www.berlinerkonferenz.de>).
  - 3 Allerdings ist auch festzustellen, dass das Politikfeld „Europäische Kulturpolitik“ in der politik- und sozialwissenschaftlichen Forschung bisher verhältnismäßig geringe Resonanz gefunden hat. Eine Übersicht des Politikfeldes „Europäische Kulturpolitik“ bietet etwa die Themenausgabe „Interessenpolitik in Europa“ der Kulturpolitischen Mitteilungen Nr. 88 (1) 2000. Vgl. dazu auch die Themenausgabe Nr. 111 (4) 2005 dieser Zeitschrift („Kulturbaustelle Europa“).

stützt werden 196 Einjahresprojekte (einschließlich Übersetzungsprojekte) mit insgesamt ca. 18 Mio. Euro und 21 mehrjährige Kooperationsprojekte (in den Bereichen bildende Kunst, darstellende Kunst, Kulturerbe, Literatur, Bücher und Lesen) mit insgesamt ca. 15,5 Mio. Euro (IP/05/1697, 22. 12. 2005).<sup>4</sup>

Das zukünftige Programm KULTUR 2007 soll am 1. Januar 2007 für einen Zeitraum von sieben Jahren (2007-2013) in Kraft treten (KOM/2004/469). Wesentliche Neuerungen sind die Unterstützung von Organisationen von europäischem kulturellen Interesse, die Kultureinrichtungen vernetzen, oder die Rolle eines „Kulturbotschafters“ ausüben sowie die Unterstützung von Analysen und Studien im Bereich der kulturellen Zusammenarbeit. Der Legislativvorschlag für KULTUR 2007 wurde von der Kommission im Juli 2004 vorgelegt. Die Aufnahme der Verhandlungen erfolgte unter niederländischem Vorsitz. Die erste Lesung im europäischen Parlament erfolgte im Plenum vom 24.-27. Oktober 2005. Der britische Vorsitz erzielte im Ministerrat für Kultur Mitte November 2005 eine inhaltliche Einigung unter Einbeziehung der Stellungnahme des EU-Parlaments (partielle politische Einigung). Infolge des verzögerten Abschlusses der Verhandlungen zur finanziellen Vorausschau für die Jahre 2007-2013 wurde erst im Lauf des Jahres 2006 eine Klärung der finanziellen Ausstattung von KULTUR 2007 erreicht. Nach der politischen Einigung im Kulturministerrat vom Mai 2006 soll das Budget des künftigen Kulturförderprogramms nun 400 Mio. Euro für die Gesamtlaufzeit von sieben Jahren betragen.<sup>5</sup>

Ein weiterer Schwerpunkt der EU-Kulturpolitik bezieht sich auf die grenzüberschreitende kulturelle Zusammenarbeit. Neben der Förderung der Mobilität der Kulturschaffenden und der Unterstützung der internationalen Verbreitung von Kunstwerken ist in diesem Zusammenhang auch der interkulturelle Dialog als Programmziel vorgesehen. Um ein sichtbares Zeichen zu setzen, soll hierzu das Jahr 2008 zum „Europäischen Jahr des interkulturellen Dialogs“ werden. Der Kommissionsvorschlag, der am 5. Oktober 2005 vorgelegt wurde (KOM/2005/467) soll dazu beitragen, eine aktive und weltoffene Unionsbürgerschaft zu entwickeln, die die kulturelle Vielfalt respektiert und auf gemeinsamen Werten gründet. Die Verabschiedung des Vorschlages im Mitentscheidungsverfahren ist für Ende 2006 vorgesehen.<sup>6</sup> Schließlich soll mit dem neuen Programm „BürgerInnen für Europa“ (2007-2013) das erste Aktionsprogramm der Gemeinschaft („Bürgerbeteiligung“) abgelöst werden. Das Programm will dazu beitragen, dass bei den Bürgern ein gegenseitiges Verständnis und ein Bewusstsein für eine gemeinsame europäische Identität entstehen (KOM/2005/116).

### **Kulturhauptstadt Europas**

Aktuelle Bedeutung erhielt im Jahr 2006 die aus dem Kulturförderprogramm KULTUR 2000 mitfinanzierte Initiative „Europäische Kulturhauptstadt“: Eine EU-Jury wählte im Frühjahr 2006 die Stadt Essen zur einer der Kulturhauptstädte im Jahr 2010. Sollten die europäischen Gremien der Empfehlung folgen, stünden als „Kulturhauptstädte Europas 2010“ außerdem Pécs (Ungarn) und Istanbul (Türkei) fest. Eine endgültige Entscheidung trifft voraussichtlich der EU-Kulturministerrat im November 2006. Bis 2004 wurden die Städte auf zwischen-

---

4 Vgl. [http://ec.europa.eu/culture/eac/culture2000/cult\\_2000\\_en.html](http://ec.europa.eu/culture/eac/culture2000/cult_2000_en.html).

5 Vgl. dazu die Presseerklärung der österreichischen Präsidentschaft vom 19.05.2006. Weitere Informationen finden sich unter <http://www.eu2006.at/>.

6 Vgl. dazu [http://ec.europa.eu/culture/portal/events/current/dialogue2008\\_de.htm](http://ec.europa.eu/culture/portal/events/current/dialogue2008_de.htm).

staatlicher Grundlage bestimmt. Inzwischen wurde – gestützt auf Artikel 151 EGV – das Auswahlverfahren in ein gemeinschaftliches umgewandelt; gleichzeitig wurde das Auswahlverfahren für die Städte ab 2005 geändert (EU-ABl. L 166 vom 1. 7. 1999). Um auch den neuen EU-Mitgliedstaaten eine Teilnahme zu ermöglichen, wurde der Beschluss im Jahr 2005 durch Entscheidung 649/2005/EG modifiziert: Künftig wird je eine Stadt aus einem „alten“ und einem „neuen“ Mitgliedstaat gemeinsam zu „Kulturhauptstädten Europas“ ernannt werden können. Kommission und Rat einigten sich bereits auf eine Liste von Ländern bis 2018. Dabei stellt je einer der bisherigen 15 EU-Staaten und einer der zehn Erweiterungsstaaten eine der beiden Kulturhauptstädte. Ab 2019 soll es jährlich wieder nur eine Europäische Hauptstadt der Kultur geben, wobei bis dahin vermutlich weitere Staaten der EU beitreten werden (ABl. L 117 vom 4.5.2005). Weitere Korrekturen – die im Lauf des Jahres 2006 geklärt werden – richten sich auf die Stärkung der Wettbewerbskomponente auf nationaler Ebene. Gleichzeitig sollen die Bewerberstädte bei ihrer Planung hinsichtlich der Erreichung der europäischen Ziele künftig besser unterstützt werden (KOM/2005/209).<sup>7</sup>

### Wirtschaftliche Aspekte der Kulturpolitik

Im Zusammenhang mit den erwarteten Handelsliberalisierungen – sowohl im Rahmen des Binnenmarktes (Dienstleistungsrichtlinie) als auch im Rahmen des Welthandelsrechtes (GATS) – hat sich ein intensiver Diskussionsprozess über die Bedeutung der kulturellen Vielfalt entwickelt. Ausgangspunkt ist die Befürchtung, dass die Dynamik des Globalisierungsprozesses die soziale und kulturelle Wandlungsfähigkeit von Gesellschaften überfordern könnte und dass deshalb die kulturellen Eigenheiten und Traditionen eines besonderen Schutzes bedürfen. Vor diesem Hintergrund hat die UNESCO im Herbst 2005 die Konvention zum Schutz und zur Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen verabschiedet. Im Dezember 2005 hat die europäische Kommission den Vorschlag für einen Beschluss des Rates vorgelegt, der die Annahme des UNESCO-Übereinkommens durch die Gemeinschaft ermöglichen soll.<sup>8</sup>

Als Komplement zur marktkritisch ausgerichteten UNESCO-Konvention hat die Gemeinschaft – gemäß Art. 157 EGV – auch die Aufgabe, dafür zu sorgen, dass die Voraussetzungen für die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie der Gemeinschaft gewährleistet sind. Dies betrifft insbesondere die Kulturindustrien (Musik, Verlagswesen, Film und audiovisuelle Medien). Die Europäische Union hat hierzu eine Reihe von Programmen aufgelegt, die die Wettbewerbsbedingungen der europäischen Kreativ- und Content-Wirtschaft stärken sollen.<sup>9</sup> Die österreichische Ratspräsidentschaft hat außerdem versucht, zumindest eine partielle Einbindung der Kulturindustrien in die Lissabon-Strategie auf europäischer Ebene zu erreichen. Der Arbeitsplan des Rates für 2005-2006 sieht hierzu vor, dem Europäischen Rat ein Grundsatzpapier auf Basis einer Studie der Europäischen Kommission vorzulegen.<sup>10</sup>

7 Ausführliche Informationen über die „Kulturhauptstadt Europas“ einschließlich des Berichts der Expertenkommission vom April 2006 finden sich unter [http://ec.europa.eu/culture/eac/other\\_actions/cap\\_europ/cap\\_eu\\_en.html](http://ec.europa.eu/culture/eac/other_actions/cap_europ/cap_eu_en.html).

8 Der Ratsbeschluss erfolgte am 18. 05. 2006 (9148/06 (Presse 131)); vgl. dazu auch die Dokumente unter [http://ec.europa.eu/culture/portal/action/diversity/unesco\\_de.htm](http://ec.europa.eu/culture/portal/action/diversity/unesco_de.htm).

9 Weitere Informationen finden sich unter [http://ec.europa.eu/culture/portal/action/industries/indus\\_de.htm](http://ec.europa.eu/culture/portal/action/industries/indus_de.htm).

10 In Ergänzung zur Studie der Europäischen Kommission, die im Sommer 2006 vorliegen soll, haben bereits der luxemburgische und der britische Vorsitz Expertenseminare zum Thema Förderung der Kulturindustrie abgehalten. Österreich hat diese Bemühungen mit einer Expertenkonferenz im März 2006 fortgesetzt.

Neben den genuinen Kulturförderprogrammen der Generaldirektion Bildung und Kultur gibt es eine Reihe von wirtschafts- und regionalpolitischen Programmen, die einen kulturellen Bezug aufweisen.<sup>11</sup> Insbesondere die Strukturfondsprogramme spielen bei der Finanzierung von Kulturprojekten mit EU-Mitteln eine wichtige Rolle, obwohl der Anteil der Kulturprojekte innerhalb der Strukturfonds nur einen geringen Teil ausmacht. Im Zeitraum 1989 bis 1993 wurden etwa 80 Prozent der gemeinschaftlichen Kulturförderung durch die Strukturfonds geleistet. Von 1994 bis 1999 flossen allein in Deutschland rund 185 Mio. Euro in Projekte mit kulturellem Aspekt. Die Strukturfonds (insbesondere der Europäische Strukturfonds, EFRE, und der Europäische Sozialfonds, ESF) sowie der Landwirtschaftsfonds sind damit – was das Finanzvolumen anbelangt – die wichtigsten Instrumente der gemeinschaftlichen Kulturförderung.<sup>12</sup>

### **Perspektiven der kulturellen Kooperation in Europa**

Zunehmende Beachtung haben inzwischen auch die außenkulturellen Aspekte der EU-Kulturpolitik erhalten. Art. 151 Abs. 3 EGV verleiht der Gemeinschaft eine explizite Kompetenz zur Zusammenarbeit mit Dritten Ländern und internationalen Organisationen. Außenkulturelle Zielsetzungen kommen etwa im Rahmenprogramm KULTUR 2000 und in anderen Förderprogrammen zum Tragen. Allerdings sind zur Förderung dieser Zusammenarbeit Gemeinschaft und Mitgliedstaaten gleichermaßen berufen. Eine besondere Situation ergibt sich hieraus für die kulturelle Kooperation innerhalb der Europäischen Union. Sie lässt sich einerseits als Teil der Europäisierung auf dem Gebiet der Kultur interpretieren, sie ist andererseits aber auch ein zentrales Element des Nation Branding der Mitgliedstaaten („Promoting the UK“). Die kulturelle Zusammenarbeit in Europa erfolgt freilich auch heute noch überwiegend in der Form klassischer Kulturdiplomatie der Nationalstaaten. Daneben finden sich aber auch Ansätze zu neuen Formen der multilateralen europäischen Kulturbeziehungen, die sich stärker an europäischen Zielen orientieren. Die besondere Aktualität dieser Thematik zeigt sich nicht zuletzt in der in Deutschland intensiv geführten Debatte über die künftige Rolle des Goethe-Instituts. Daneben geht es auch um die Perspektiven für eine genuine auswärtige Kulturpolitik mit Staaten außerhalb der EU.<sup>13</sup> Zu beachten ist freilich, dass die Union entsprechend der Vertragsvorgaben nur unterstützend tätig werden kann, da die Kompetenzen im kulturellen Bereich weiterhin grundsätzlich den Mitgliedsländern zustehen. In diesem relativ engen Handlungsrahmen wird sich auch eine künftige auswärtige Kulturpolitik der Europäischen Union bewegen müssen.

### **Weiterführende Literatur**

- Christine Beckmann/Alexandra Gedak: Kultur und die Fonds für Strukturentwicklung der Europäischen Union, Bonn 2006.
- Philip Fiske de Gouveia: European Infopolitik: Developing EU Public Diplomacy Strategy, London 2005.
- Cornelia Max: Die auswärtige Kulturkompetenz der Europäischen Gemeinschaft nach Art. 151 Abs. 3 EGV, Hamburg 2003.
- Gudrun Quenzel: Konstruktionen von Europa. Die europäische Identität und die Kulturpolitik der Europäischen Union, Bielefeld 2005.

---

11 Eine Übersicht der Politikbereiche findet sich unter <http://www.europa-foerdert-kultur.info>.

12 Vgl. dazu [http://ec.europa.eu/culture/eac/sources\\_info/compolitics/fond\\_structure1\\_en.html](http://ec.europa.eu/culture/eac/sources_info/compolitics/fond_structure1_en.html).

13 Vgl. zu diesen Fragen auch die Informationen des Instituts für Auslandsbeziehungen (<http://www.ifa.de/europa-akp/index.htm>).